

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	19
Kapitel 2: Eröffnung des Anwendungsbereichs der Verordnung für Drittstaatsverhältnisse	25
A. Räumlicher Anwendungsbereich	25
I. Geltungsbereich	25
1. Vorbemerkung	25
2. Sonderstellung Irlands und Dänemarks	26
3. Relevanz der Behandlung als Drittstaat oder Mitgliedstaat	27
4. Meinungsstand zur Einordnung Irlands und Dänemarks	29
5. Stellungnahme	31
6. Fazit	32
II. Reichweite	32
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	33
I. Inkrafttreten	33
II. Anwendungsvorrang internationaler Übereinkommen	34
1. Voraussetzungen des Anwendungsvorrangs	34
2. Betroffene Übereinkommen	36
a. Multilaterale Übereinkommen	36
b. Bilaterale Abkommen	39
(1) Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik vom 28.5.1929	40
(2) Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 25.4.1958	41
(a) Fortgeltung nach Auflösung der UdSSR	41
(b) Überblick über die Regelungen des Konsularvertrags	45
(3) Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien vom 17.2.1929	45

(d) Fazit	86
(4) Gesetzliche Ehegattenerbquote bei Geltung drittstaatlichen Erbrechts und deutschen Güterrechts	87
(a) Meinungsstand	88
(b) Stellungnahme	91
c. Fazit	95
D. Zusammenfassung	95
 Kapitel 3: Gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes	97
A. Einführung	97
B. Fehlende Legaldefinition in der EuErbVO	99
C. Auslegungsgrundsätze	100
I. Autonome Auslegung	100
II. Sachgebietsspezifisches Begriffsverständnis	101
1. Meinungsstand im Schrifttum	101
2. Tendenzen in der Rechtsprechung des EuGH	103
3. Stellungnahme	104
III. Verordnungsinternes Begriffsverständnis	105
IV. Mehrfacher letzter gewöhnlicher Aufenthalt	108
1. Meinungsstand	108
2. Stellungnahme	110
V. Fehlender letzter gewöhnlicher Aufenthalt	110
D. Kriterien zur Bestimmung des letzten gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers	112
I. Objektive Kriterien	113
1. Dauer und Regelmäßigkeit des Aufenthalts	113
2. Umstände und Gründe des Aufenthalts	115
3. Familiäre und soziale Integration	116
4. Staatsangehörigkeit und Belegenheit von wesentlichen Vermögensgegenständen	118
II. Subjektives Kriterium	119
1. Meinungsstand	119
2. Stellungnahme	122

E. Sonderkonstellationen	123
I. Längerfristig beruflich veranlasste Auslandsaufenthalte	125
1. Ständig wechselnder Aufenthalt	125
2. Zeitlich begrenzter Langzeitaufenthalt	127
II. Längerfristig privat veranlasste Auslandsaufenthalte	129
III. Auslandsaufenthalte zur Willensbildung unfähiger	
Erwachsener	131
1. Problemdarstellung	132
2. Meinungsstand	133
3. Stellungnahme	135
F. Zusammenfassung	138
Kapitel 4: Internationale Zuständigkeit mitgliedstaatlicher Gerichte für Erbsachen mit Drittstaatenbezug	141
A. Entscheidungszuständigkeit	141
I. Erblasser mit letztem gewöhnlichem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat und Bezugspunkt zu einem Drittstaat	141
1. Allgemeine Zuständigkeit nach Art. 4 EuErbVO	141
2. Zuständigkeit bei Rechtswahl des Erblassers	142
a. Wahl mitgliedstaatlichen Rechts	142
b. Wahl drittstaatlichen Rechts	144
(1) Auswirkungen auf die Zuständigkeit	144
(2) Analoge Anwendung des Art. 5 EuErbVO hinsichtlich der Derogationswirkung einer Gerichtsstandsvereinbarung	145
(a) Meinungsstand	145
(b) Stellungnahme	146
(3) Reformüberlegungen	149
(4) Regelungsvorschlag	151
II. Erblasser mit letztem gewöhnlichem Aufenthalt in einem Drittstaat	152
1. Vorbemerkung	152
2. Subsidiäre Zuständigkeit nach Art. 10 EuErbVO	153
a. Überblick	153
b. Nachlassbelegenheit als zuständigkeitsbegründendes Kriterium	154
(1) Art und Umfang des Nachlassvermögens	154

(2) Wert des Nachlassvermögens	155
(a) Meinungsstand	155
(b) Stellungnahme	156
(3) Ort der Belegenheit des Nachlassgegenstands	158
(4) Zeitpunkt der Belegenheit	160
(a) Meinungsstand	160
(b) Stellungnahme	162
i. Maßgeblicher Zeitpunkt	162
ii. Verbringung von Nachlassgegenständen in den Forumstaat nach Anrufung des Gerichts	163
iii. Entfernung von Nachlassgegenständen aus dem Forumstaat nach Anrufung des Gerichts	166
(5) Zusammenfassung	167
c. Allzuständigkeit nach Art. 10 Abs. 1 EuErbVO	168
(1) Genese der Norm	168
(2) Rangfolge der Tatbestände	169
(3) Voraussetzungen	172
(a) Staatsangehörigkeit des Erblassers	172
(b) Vorhergehender gewöhnlicher Aufenthalt	174
i. Meinungsstand	175
ii. Stellungnahme	176
d. Beschränkte Zuständigkeit nach Art. 10 Abs. 2 EuErbVO	177
(1) Voraussetzungen	177
(2) Konsequenzen der Nachlassspaltung	177
(3) Zuständigkeit für die Erteilung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	178
e. Auswirkungen einer Rechtswahl des Erblassers	179
f. Zusammenfassung	181
3. Notzuständigkeit nach Art. 11 EuErbVO	182
a. Systematik	183
(1) Verhältnis zum Gerichtsstand des Art. 10 Abs. 2 EuErbVO	183
(2) Verhältnis zu den Gerichtsständen der Art. 4 bis 10 Abs. 1 EuErbVO	184

b. Voraussetzungen	185
(1) Enger Bezug der Sache zu einem Drittstaat	185
(2) Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit eines Verfahrens in einem Drittstaat	186
(a) Unmöglichkeit	187
(b) Unzumutbarkeit	188
(c) Nachweis	190
(3) Ausreichender Bezug zum Mitgliedstaat des angerufenen Gerichts	191
c. Rechtsfolge	193
(1) Meinungsstand	193
(2) Stellungnahme	194
d. Zusammenfassung	195
B. Empfangszuständigkeit	196
I. Ratio und Funktionsweise des Art. 13 EuErbVO	196
II. Anwendbarkeit auf Sachverhalte mit Drittstaatenbezug	198
1. Beschränkung etwaiger Drittstaatenbezüge durch das Erfordernis der internationalen Zuständigkeit eines Mitgliedstaats in der Nachlasssache	199
a. Genese der einleitenden Formulierung	199
b. Meinungsstand	200
c. Stellungnahme und Reformüberlegungen	202
2. Analoge Anwendbarkeit auf Erklärende mit gewöhnlichem Aufenthalt in einem Drittstaat	204
3. Fazit	205
C. Auswirkungen in Drittstaaten rechtshängiger Verfahren auf die internationale Zuständigkeit mitgliedstaatlicher Gerichte	206
I. Nichtexistenz einer Art. 17, 18 EuErbVO entsprechenden unionsautonomen Regelung für Drittstaatsachverhalte	206
II. Rückgriff auf die LitispPENDENZregeln der lex fori	207
1. Überblick über die autonomen LitispPENDENZregeln der Mitgliedstaaten	208
2. Folgen der Anwendung nationalen Rechts	209
III. Reformansätze in Anlehnung an die LitispPENDENZregeln der Brüssel Ia-VO	211
1. Vorbildcharakter der Art. 33, 34 Brüssel Ia-VO	211

2. Bewertung der jeweiligen Normbestandteile im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit in eine Litispendenzregel der EuErbVO	214
a. Aussetzung	214
(1) Voraussetzungen	214
(a) Unbeachtlichkeit der doppelten Rechtshängigkeit wegen Vorrangs mitgliedstaatlicher Gerichtsstände	214
i. Kein Vorrang aufgrund besonderer Sachnähe zum Verfahrensgegenstand	215
ii. Kein Vorrang aufgrund besonderer Schutzbedürftigkeit bestimmter Personengruppen	216
iii. Vorrang aufgrund dahingehenden Parteiwillens	217
iv. Fazit	218
(b) Anerkennungs- und Vollstreckungsprognose	219
(c) Geordnete Rechtspflege	220
(d) Zusätzliche Voraussetzung für im Zusammenhang stehende Verfahren	223
(2) Rechtsfolge	224
(3) Regelungsvorschlag	225
b. Fortsetzung	226
(1) Voraussetzungen	226
(2) Rechtsfolge	229
(3) Regelungsvorschlag	230
c. Einstellung	230
(a) Voraussetzungen	230
(b) Rechtsfolge	231
(c) Regelungsvorschlag	232
d. Anwendung der Vorschrift	233
3. Fazit	234
D. Zusammenfassung	234
 Kapitel 5: Kollisionsrecht bei Berührungspunkten des Sachverhalts mit einem Drittstaat	 237
A. Grundprinzipien	237
I. Universelle Anwendung der Kollisionsnormen	237

II. Nachlassseinheit	239
1. Grundsatz	239
2. Ausnahmen	240
a. Rechtliche Nachlassspaltung	240
b. Faktische Nachlassspaltung	241
c. Rechtsfolgen der Nachlassspaltung	242
d. Prozessuale Beschränkungsmöglichkeiten in Fällen der Nachlassspaltung bei Drittstaatenbezug	245
III. Gewöhnlicher Aufenthalt des Erblassers zum Zeitpunkt seines Todes als Regelanknüpfungskriterium	246
1. Objektive Regelanknüpfung	246
2. Ausweichklausel	246
B. Eingeschränkte Zulassung von Rück- und Weiterverweisung im Verhältnis zu Drittstaaten	248
I. Ratio und Genese des Art. 34 EuErbVO	248
II. Begriffsverständnis drittstaatlicher Anknüpfungskriterien am Beispiel des domicile	250
1. Vorbemerkung	250
2. Domicile	252
III. Beachtlichkeit eines drittstaatlichen renvoi	254
1. Rück- oder Weiterverweisung auf das Recht eines Mitgliedstaats	255
a. Überblick	255
b. Meinungsstand zur Auswirkung einer drittstaatlichen Gesamtverweisung	256
c. Stellungnahme	258
2. Weiterverweisung auf das Recht eines zweiten Drittstaats	260
a. Annahme der Verweisung durch das Kollisionsrecht des zweiten Drittstaats	260
b. Verweisung des Kollisionsrechts des zweiten Drittstaats auf das Recht des ersten Drittstaats	260
(1) Sachnormverweisung	261
(2) Gesamtverweisung	261
c. Verweisung des Kollisionsrechts des zweiten Drittstaats auf das Recht eines dritten Drittstaats	263
(1) Sachnormverweisung	264
(2) Gesamtverweisung	264

d. Verweisung des Kollisionsrechts des zweiten Drittstaats auf das Recht eines Mitgliedstaats	266
(1) Sachnormverweisung	266
(2) Gesamtverweisung	267
IV. Ausschluss des drittstaatlichen renvoi	269
1. Ausweichklausel	269
2. Rechtswahl	271
3. Formstatut	272
4. Sondererbrechtsregime	273
V. Zusammenfassung	274
C. Verweisung auf das Recht von Dritt-Mehrrechtsstaaten	276
I. Verweisung auf das Recht von Drittstaaten mit interlokaler Rechtsspaltung	277
1. Vorrangige Verweisung auf das interlokale Kollisionsrecht des Drittstaats	278
2. Subsidiäre Verweisung	281
3. Verhältnis zu Art. 34 EuErbVO	284
a. Bedingte Gesamtverweisung auf das Recht eines Dritt-Mehrrechtsstaats	284
(1) Gesamtstaatlich vereinheitlichtes Kollisionsrecht im Dritt-Mehrrechtsstaat	284
(2) Gesamtstaatlich gespaltenes Kollisionsrecht im Dritt-Mehrrechtsstaat	286
b. Sachnormverweisung auf das Recht eines Dritt- Mehrrechtsstaats	287
II. Verweisung auf das Recht von Drittstaaten mit interpersonaler Rechtsspaltung	288
1. Vorrangige Verweisung auf das interpersonale Kollisionsrecht des Drittstaats	288
2. Subsidiäre Verweisung	289
3. Verhältnis zu Art. 34 EuErbVO	290
III. Zusammenfassung	290
D. Wahl drittstaatlichen Rechts	291
I. Rechtswahlmöglichkeiten nach dem Kollisionsrecht der EuErbVO	291
1. Vorbemerkung	291
2. Ratio des Art. 22 EuErbVO	292

3. Kreis der wählbaren Rechtsordnungen	293
a. Recht der Staatsangehörigkeit	293
(1) Drittstaatsangehörige	293
(2) Staatenlose und Geflüchtete	294
b. Teilrechtsordnung bei Staatsangehörigkeit eines Dritt-Mehrrechtsstaats	296
(1) Meinungsstand zur Wählbarkeit einer Teilrechtsordnung	296
(2) Stellungnahme	298
4. Zulässigkeit der Rechtswahl nach drittstaatlichem Recht	302
5. Umfang der Rechtswahl	303
II. Rechtswahlmöglichkeiten nach drittstaatlichem Kollisionsrecht	304
III. Zusammenfassung	305
E. Ordre public als Schranke gegenüber der Anwendung drittstaatlichen Rechts	306
I. Anwendungsvoraussetzungen	307
II. Rechtsfolgen	309
III. Einzelfälle	310
1. Abweichendes Pflichtteilsrecht	311
a. Pflichtteilsrecht im internationalen Vergleich	311
(1) Quotenlösungen	311
(2) Unterhalts- und unterhaltsähnliche Lösungen	312
(3) Rechtsordnungen ohne Pflichtteilsregelungen	314
b. Regelungen mit Bezug zum Pflichtteilsrecht in der EuErbVO	314
c. Stellenwert des Pflichtteilsrechts in der Rechtsprechung des BVerfG	316
d. Differierende Pflichtteilsrechte und ordre public- Vorbehalt der EuErbVO	319
(1) Genese des Art. 35 EuErbVO	319
(2) Anforderungen an einen Verstoß gegen den ordre public wegen Abweichungen im Pflichtteilsrecht	320
(3) Ergebnis bei deutscher lex fori	321
2. Diskriminierungsfälle	324
a. Diskriminierungsverbote auf europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene	324

b. Überblick über mögliche ordre public-relevante Diskriminierungen einer drittstaatlichen lex causae	325
c. Anforderungen an einen Verstoß gegen den ordre public am Beispiel der Diskriminierung nichtehelicher Kinder	326
(1) Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder im materiellen Erbrecht der Mitgliedstaaten	326
(2) Erbrechtliche Gleichbehandlung nichtehelicher und ehelicher Kinder als Teil des ordre public	328
(3) Begrenzung des ordre public durch den Erblasserwillen	329
(a) Vorbemerkung	329
(b) Meinungsstand	330
(c) Stellungnahme	331
(4) Ergebnis	332
IV. Zusammenfassung	333
Kapitel 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	335
Literaturverzeichnis	347